

Flüchtlingsrat Bremen - Bericht 2019

Unsere inhaltliche Arbeit war 2019 geprägt vom Ausbau unserer Beratungsstruktur mit den Schwerpunkten „Bedarfe von Besonders Schutzbedürftigen“ und „Regularisierung von Papierlosen“ sowie einer Verstärkung der Empowerment-Arbeit mit Betroffenen.

Öffentlichkeitswirksam und auf der Landesebene waren wir engagiert in der Thematisierung der Situation im Bremer Abschiebegewahrsam sowie der kritischen Begleitung der Bremer Bürgerschaftswahl im Mai 2019 durch die Aufstellung von migrationspolitischen Forderungen und Wahlprüfsteinen.

Seit Mitte 2019 hat der Flüchtlingsrat außerdem den Vorsitz in der Härtefallkommission des Landes Bremen übernommen – gleichermaßen ein großer Erfolg wie eine große Herausforderung. Durch unsere rechtliche Expertise, gezielte Öffentlichkeitsarbeit, unsere gute Vernetzung im Feld sowie eine entsprechende politische Intervention konnten wir so im September 2019 eine Dublin-Abschiebung verhindern. In der Folge hat sich der Flüchtlingsrat Bremen für die grundsätzliche Befassung von Härtefall-Anliegen von „Dublin-Fällen“ durch die HFK eingesetzt, die auch im Koalitionsvertrag der im Mai 2019 gewählten Landesregierung vereinbart ist.

Unser von Aktion Mensch gefördertes Projekt „young volunteers“ im Bereich der Vernetzung von Ehrenamtlichen, Geflüchteten und neuen Initiativen haben wir Ende September 2019 erfolgreich abgeschlossen, das seit Anfang 2018 von Aktion Mensch geförderte Beratungsprojekt „STAY“ ausgebaut und fortgeführt (siehe dazu weiter unten).

Das Team im Flüchtlingsrat bestand in 2019 aus sechs Personen: Zwei Mitarbeitende im Projekt „yv“ (bis 9/19) sowie im Projekt STAY zwei Mitarbeitende und eine geringfügig Beschäftigte sowie eine Mitarbeitende für koordinierende Aufgaben.

Insbesondere durch das Beratungsprojekt STAY, das in den unterschiedlichen Communities sehr bekannt ist, konnte der Flüchtlingsrat dem steigenden Beratungsbedarf und Unterstützungsanfragen von Interessierten und Multiplikator*innen besser gerecht werden.

Für unseren Förderverein haben wir mehrere neue, aktive Mitglieder gewinnen und damit auch die multiperspektivische Diversität im Verein ausbauen können.

Neben den regelmäßigen Teamsitzungen und der internen Projektkoordination war der Flüchtlingsrat auch 2019 Teil verschiedener Aktionsbündnisse vor Ort, wie der Geflüchteten-Selbstorganisation von ehemals unbegleiteten Minderjährigen „Together we are Bremen“ und des Solidarity City-Netzwerkes.

Intern organisiert sich der FR über die regelmäßigen Arbeitstreffen der diversen Organe des Fördervereins und des Austausch- und Vernetzungsplenums, an dem derzeit neben Aktivist*innen vor allem Fachberater*innen anderer Träger sowie anderer Vereine im Feld teilnehmen. Die Mehrheit der Beteiligten und Aktivist*innen im Flüchtlingsrat ist ehrenamtlich tätig, aber eng an die Arbeit in der Geschäftsstelle angebunden.

Beratungsprojekt STAY

Das Beratungsangebot wurde auch im zweiten Projektjahr 2019 noch besser angenommen als erwartet. Die Mitarbeiter*innen des Projektes hatten weit über 1.000 Beratungsgespräche mit über 500 Personen. Die erreichten Personen der Zielgruppe hatten insgesamt 73 verschiedene

Staatsangehörigkeiten. Am häufigsten waren dies: Ghana, Nigeria, Afghanistan, Syrien sowie Iran und Gambia.

Es gab zusätzlich Kontakte zu einer Vielzahl an Multiplikator*innen, wie zu zivilgesellschaftlichen Unterstützer*innen, Mitarbeitenden von Trägern der Jugendhilfe, Lehrer*innen und Schulsozialarbeiter*innen, zu Einrichtungen der gesundheitlichen Versorgung und Mitarbeitenden von Übergangwohnheimen.

Das bestehende Netzwerk im Feld wurde weiter ausgebaut, hier sind insbesondere zu nennen: zivilgesellschaftliche Organisationen wie z.B. Together we are Bremen/TWAB (Selbstorganisation von ehemals unbegleiteten Minderjährigen), Fachberatungsstellen wie Fluchtraum e.V., MediNetz Bremen, Flüchtlingsinitiative Bremen e.V. und die Clearingstelle der Humanitären Sprechstunde Bremen sowie diverse Sprachmittler*innen und niedergelassene Psychotherapeut*innen und Psychiater*innen.

Zudem wurden Multiplikator*innen weiter geschult: Zu den Themen „Rechtsmissbräuchliche Vaterschaftsanerkennung“, „Härtefallanliegen in Bremen“, "Dublin-Rückführungen", "Kirchenasyl" und „Abschiebungen aus Sammelunterkünften“ wurden Arbeitshilfen für Multiplikator*innen erstellt und in Informations- und Fachaustauschtreffen vorgestellt und diskutiert.

Probleme und Herausforderungen

Eine der größten Herausforderungen des Projektes STAY lag auch 2019 in dem immensen Beratungsbedarf. Dieser ist nur zum Teil durch die große Popularität des Projektes zu erklären.

Die größte Herausforderung im Feld der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Beratung sind die ständig sich verschärfenden gesetzlichen Regelungen und die vielen institutionellen Hürden, die noch weit darüber hinausgehen, die Situation für die Betroffenen zusätzlich erschweren und deren Beratungsbedarf noch weiter erhöhen.

Die restriktive, manchmal sogar rechtswidrige Auslegung von gesetzlichen Regelungen im täglichen Verwaltungshandeln, die mangelnde Beratungsbereitschaft, stellenweise Ignoranz und/oder Fehlinformation durch einzelne Behördenmitarbeiter*innen sind weitere Bausteine eines strukturellen Rassismus, mit dem Geflüchtete in der Bundesrepublik täglich konfrontiert sind.

Die Begleitung und Beratung von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten ist vor diesem - hier nur kurz skizzierten - Hintergrund des Geflechts aus Entrechtung, konstruierter sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Diskriminierung nur mit viel Klarheit, Beharrlichkeit und eindeutiger Parteilichkeit für die so markierte und positionierte Zielgruppe zu bewältigen.

Fachaustausche und Interventionen

Folgende Initiativen gingen vom Flüchtlingsrat in 2019 u.a. aus:

Kirchenasyl/Dublinfristen:

Zusammen mit diversen Kirchenvertreter*innen, der Bremer Ansprechpartnerin für Kirchenasyl des BAMF und Rechtsanwält*innen wurde über die versuchten Fristverlängerungen in Dublinverfahren des BAMF bei Kirchenasyl beraten, die positiven VG-Entscheidungen ausgewertet sowie Unterstützungs- und Beratungshinweise für die Kirchengemeinden erarbeitet.

Abschiebung aus Sammelunterkünften:

In Fachaustauschen mit Leitungen diverser Bremer Übergangwohnheime wurde die rechtliche

Situation erklärt, eine Arbeitshilfe erstellt, Beratungshinweise gegeben sowie Handlungsoptionen für die Mitarbeitenden der ÜWHs eröffnet.

Diskriminierung von Geflüchteten auf dem Wohnungsmarkt:

Durch intensive Gespräche mit Vertretern aus Management und Wohnungsvergabe der größten Bremer Wohnungsbaugesellschaft GEWOBA konnte der Flüchtlingsrat erreichen, dass die diskriminierende Praxis, Wohnungen ausschließlich an Menschen zu vermitteln, deren Aufenthaltserlaubnis mindestens noch ein Jahr Gültigkeit ausweist, positiv abgeändert wurde.

Gremienarbeit

Der Flüchtlingsrat ist Mitglied in folgenden Gremien:

- Bremer Härtefallkommission, seit Mitte 2019 Vorsitz der HFK
- Bremer Rat für Integration
- Landesnetzwerk für Migration
- Begleitausschuss des ESF geförderten Arbeitsmarktprojekt „Bremer und Bremerhavener Integrationsnetz (BIN)“
- Begleitausschuss der Partnerschaft für Demokratie Bremen
- BAG Pro Asyl

Zusätzlich zu der regelmäßigen Teilnahme an den o.g. Gremien fand der Austausch in den Vernetzungstreffen der Landesflüchtlingsräte in Hannover und Dresden statt.

Seit Mitte 2019 hat der Flüchtlingsrat außerdem den Status des „Ständigen Gasts“ in der Sozialdeputation des Landes Bremen inne (mit Rede- und Fragerecht).

Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit

Der Flüchtlingsrat ist über seine Mitglieder, Mitarbeitenden und engagierte Aktivist*innen mit vielen anderen zivilgesellschaftlichen und rassismuskritischen Initiativen, Organisationen und Vereinen vernetzt, mit denen auch 2019 fachlich-kollegiale Arbeits- und Austauschtreffen stattfanden und/oder telefonische Einzelfallberatung bei sich überschneidenden inhaltlichen Anliegen.

Außerdem haben wir im vergangenen Jahr mehrere gemeinsame politische Interventionen wie Demonstrationen oder Kundgebungen zu migrationspolitischen und rassismuskritischen Themen (mit-)organisiert und dort Redebeiträge gehalten.

Es besteht u.a. eine Zusammenarbeit mit folgenden Akteur*innen:

- Bremen Solidarity Center (BreSoC) | <https://bresoc.org/>
- Fluchtraum e.V. | <https://www.fluchtraum-bremen.de/>
- Medinetz Bremen und Flüchtlingsinitiative e.V. | <http://www.fluechtlingsinitiative-bremen.de/?q=medinetz>
- solidarisches Begleitungsprojekt ACOMPABREMEN | <http://acompabremen.blogspot.de/>
- soliport – Beratungsstelle für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt | <https://soliport.de/>

- Together we are Bremen (TWAB), eine Selbstorganisation von ehemals unbegleiteten Minderjährigen | <https://togetherwearebremen.org/>
- Verein für Rechtshilfe im Justizvollzug des Landes Bremen e.V.